

Bischof em. Dr. Josef Homeyer, Hildesheim
Der lange Weg der Versöhnung

**Festakt zum 40. Jahrestag des Versöhnungsbriefwechsels der polnischen
und deutschen Bischöfe Ende 1965**

21.09.2005 in Fulda

Im September 1944 haben in den Trümmern der Kathedrale von Warschau deutsche und polnische Soldaten aufeinander geschossen. Im September 1980 haben an derselben Stelle in dem wiederaufgebauten Gotteshaus deutsche und polnische Bischöfe gemeinsam die Eucharistie gefeiert. Und genau in der zeitlichen Mitte, Ende November/Anfang Dezember 1965, in den letzten Tagen des II. Vatikanischen Konzils, reichten sich polnische und deutsche Bischöfe die Hände, gewährten einander Vergebung und baten um Vergebung.

Dieser denkwürdige Versöhnungsakt ließ damals die Welt überrascht aufhorchen. Der polnische Historiker Jan Józef Lipski sieht in diesem Briefwechsel 1965 die „weitblickendste Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte“. Er wurde „zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat“, stellten die polnischen und deutschen Bischöfe in ihrem Gemeinsamen Wort 30 Jahre später, 1995, fest.

Der Briefwechsel war kein isolierter historischer Vorgang. Auf einem langen und hindernisreichen Weg, den mutige und beharrliche Initiativen Einzelner und zahlreicher Gruppen – vor allem die Vertriebenen, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Verbände – in beispielloser Weise gebaut haben, war der Briefwechsel eine bahnbrechende Etappe. Er wurde wegweisend und in dem mühsamen Prozess, der immer wieder Rückschläge erfuhr und noch keineswegs abgeschlossen ist, dennoch zunehmend wirkmächtig.

Erinnern wir uns heute, 40 Jahre danach, an dieses denkwürdige Ereignis 1965 und seine Wirkungsgeschichte.

1. Die traumatische Ausgangslage

Die westliche Grenze Polens blieb als einzige Grenze in Europa vom 14. – 18. Jahrhundert von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont. Nach dieser langen friedlichen und fruchtbaren Epoche war das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen für bald 250 Jahre eine Unglücksachse der europäischen Geschichte. Man muss an die Rolle Deutschlands bei den drei polnischen Teilungen – 1772, 1793, 1795 – erinnern, die für mehr als 120 Jahre das polnische Staatswesen zerstört haben. Maria Theresia hat handschriftlich an den Rand des Teilungsdekretes geschrieben: „Plazet, weil so viele große und gelehrte Männer es wollen. Wenn ich schon längst tot bin, wird man erfahren, was aus dieser Verletzung von allem, was bisher heilig und gerecht war, hervorgehen wird.“ Man muss weiter erinnern an die Politik Bismarcks, Polen zu germanisieren, die dort nicht vergessen ist. Man muss auch daran erinnern, dass, angeheizt von nationalistischen Geschichtsschreibungen auf beiden Seiten, über

Generationen Mentalitäten der Feindschaft geprägt wurden. So konnte etwa Ernst Moritz Arndt 1848 in einem Artikel schreiben: „Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg: die Polen und überhaupt der ganze slawische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen...“ Dies beleidigende Polenbild, das dann auch die nationalpolitisch motivierten Teilungen Polens rechtfertigen sollte, mag ein wenig verständlich machen, dass der Schock dieser drei Teilungen mit der Vernichtung des Staates als nationale Katastrophe von den Polen empfunden wurde.

Verständlich, dass die polnische Intelligenz damals nach irgendeiner tieferliegenden Erklärung für diese Katastrophe zu suchen begann. Der große polnische Dichter Adam Mickiewicz sah in der Mitte des 19. Jahrhunderts in seiner Dichtung Polen in seinem Leiden Christus ähnlich: Es sei die messianische Bestimmung des polnischen Volkes, das Leid anzunehmen und den anderen Völkern Europas das wahre religiöse Leben zu bezeugen. Dieser Mythos der messianischen Bestimmung Polens war der literarische Versuch, die geschichtliche Katastrophe zu verarbeiten und dem polnischen Volk Identität und Selbstbewusstsein zu vermitteln. Dieser messianische Mythos ist in Polen heftig kritisiert worden, auch in der Kirche, blieb aber dennoch – nicht nur in der Literatur – lebendig.

Der Erste Weltkrieg brachte die Wiedergeburt des polnischen Staates, aber der Hitler-Stalin-Pakt führte wiederum zu dessen Auslöschung. Was im Zweiten Weltkrieg unter deutschem Namen in Polen und an Polen an Unrecht geschah, ist und bleibt in seinen Ausmaßen und in seiner infernalischen Grausamkeit bis heute unvorstellbar.

Aber wir können auch nicht das Unrecht verschweigen, dass dann 1945 Millionen unschuldiger Deutscher von Haus und Heimat in Polen vertrieben wurden. Tiefe Verwundungen, Entsetzen und Verbitterung machten sich breit und ließen nicht verstehen, dass es Polen so schwer fiel, auch ihrerseits unmissverständlich zu bekennen, dass Unrecht Unrecht und Schuld Schuld ist und dass auch erlittenes Unrecht niemanden das Recht gibt, anderen Unrecht zuzufügen.

So ist die deutsch-polnische Geschichte in den letzten 200 Jahren von Fühllosigkeit, von Leid himmelschreiender Katastrophen durchzogen. Angesichts dieser Ausgangslage war zu erwarten, dass eine wirkliche, die geschichtlichen Ereignisse aufarbeitende und die Vertriebenen einbeziehende Verständigung nur in einem langen Prozess erfolgen kann. Dieser Prozess hat gleichsam in drei Phasen stattgefunden, wie sie etwa von Jerzy Holzer, Professor am Historischen Institut der Universität Warschau, beschrieben worden sind.

2. Der lange Weg der Versöhnung

2.1 Die Phase der Annäherung in den 60er Jahren mit dem Wendepunkt des Briefwechsels (1965):

(1) Zögerliche Anfänge:

Unmittelbar nach Kriegsende, am 12. August 1945, besuchte Kardinal Augustin Hlonds den Kapitelsvikar der Erzdiözese Breslau, Dr. Ferdinand Piontek, bei dem dieser unter Berufung auf besondere Vollmachten des Heiligen Stuhles gedrängt wurde, auf sein Amt zu verzichten, um

die Ernennung von Apostolischen Administratoren möglich zu machen. Am 18.12.1954 hatte Bischof Weskamp von Berlin eine Besprechung im Ostberliner St. Hedwig-Krankenhaus mit den beiden polnischen Kapitelsvikaren von Breslau und Kattowitz, Lagoszcz und Piskocz. Er bat diese dabei u.a. (vergeblich) um Hilfe für das Schicksal von 1.538 Ordensschwwestern deutscher Abstammung, die nach der gewaltsamen Aufhebung ihrer Klöster in Nieder- und Oberschlesien nicht in ihre Mutterhäuser zurückkehren durften, sondern mit dem Vorwurf „staatsabträglicher“ Tätigkeit in Arbeitslager überführt wurden.

1957 macht Prälat Johannes Zinke, Breslauer Priester, und seit 1946 Leiter der Hauptvertretung Caritas und der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin auf Umwegen Bischof Kominek in Breslau den Vorschlag, „in persönlichen Gesprächen die Kluft zwischen hüben und drüben zu überbrücken“ und bietet Vermittlung theologischer Literatur an. Bischof Kominek ließ seinerseits Prälat Zinke dann mitteilen, „mit großer Begeisterung“ seinen Vorschlag aufzugreifen und beantwortet das Angebot theologischer Literatur mit einer konkreten Wunschliste. Nach Rücksprache mit dem Primas bedauert Bischof Kominek, dass dies Gespräch wohl erst später stattfinden könne. Ebenfalls bemüht sich Prälat Wosnitza, der frühere Generalvikar des Bistums Kattowitz, um Kontakt mit Bischof Kominek und hat mit ihm zwei Gespräche in Paris geführt.

Zu diesen frühen Gesprächskontakten gehört auch das Treffen deutscher Publizisten mit Redakteuren der Zeitschrift Znak 1957 in Wien, auf dem der Chefredakteur der kna, Karl Brinkmann, Stanislaw Stomma zu einem Besuch in die Bundesrepublik einlud, der 1958 auch stattfinden konnte.

Am 10.07.1960 hatte Konrad Adenauer, der neben der Versöhnung mit Frankreich und den Juden die Versöhnung mit Polen als vordringliche Aufgabe der Deutschen bezeichnet hatte, in einer Wahlkampfreda in Düsseldorf von einem „Rückkehrrecht der Ostpreußen“ gesprochen. Darauf entgegnete Primas Wyszynski wenige Tage in scharfer Polemik und symbolträchtig aus der Marienburg. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Kontroverse hielt dann Kardinal Döpfner als Bischof von Berlin am 16.10.1960 seine damals in Deutschland und Polen ungewöhnliches Aufsehen erregende St. Hedwigs-Predigt. Mit dieser vom Versöhnungsgeist geprägten Predigt stieß Kardinal Döpfner eine Wende an und löste mannigfache Initiativen aus in Richtung des Bemühens um Verstehen und Verständigung.

Entsprechend kommt es nun zu zahlreichen Initiativen und Kontaktbemühungen von Einzelnen und von Gruppen. 1963 nehmen 34 deutsche Katholiken an der traditionellen Bußfahrt vom 19. – 25. Mai in Auschwitz teil. Dort beginnt die Gründungsgeschichte des Maximilian-Kolbe-Werkes zur Unterstützung ehemaliger KZ-Häftlinge. Die deutsche Sektion von Pax Christi, deren Präsident Kardinal Döpfner war, und der damalige Vizepräsident Alfons Erb sowie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und 13 katholische Verbände schufen dann 1973 die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen, ohne die humanitäre Hilfe in der sich

abzeichnenden Größenordnung nicht mehr möglich war. In den ersten 30 Jahren hat das Hilfswerk Projekte in einer Größenordnung von über 56 Millionen Euro finanziert. Im darauffolgenden Jahr (1964) folgt die Sühnewallfahrt der deutschen Sektion von Pax Christi nach Auschwitz. Die bald nach Kriegsende begonnene Hilfe des Deutschen Caritasverbandes für Polen wird zu Beginn der 60er Jahre gemeinsam mit der Österreichischen Bischofskonferenz seitens der Deutschen Bischofskonferenz der „Europäische Hilfs-Fonds“ (EHF) errichtet, der zunehmend erhebliche Finanz- und Sachmittel (Medikamente, medizinische Geräte, Errichtung von Gottesdiensträumen in Neubaugebieten, Kirchbau) nach Polen und dann auch in die übrigen kommunistisch besetzten Länder vermittelt. In den 70er Jahren wurde innerhalb des EHF eine eigene Abteilung für Polen eingerichtet. Zahlreich sind auch die mutigen persönlichen Initiativen, z.B. ein Mitarbeiter des Erzbischöflichen Kommissariats Magdeburg, Günther Särchen, der Anfang der 60er Jahre begann, als Zeichen der Sühne und des Versöhnungswillens jugendliche Pilgergruppen nach Polen zu führen und andere Aktivitäten einzuleiten. Polnische Bischöfe – Primas Wyszyński, Kardinal Wojtyła, Erzbischof Kominek u.a. – schrieben ihm Dankesbriefe.

Zwei tastende Versuche, bereits in den 50er Jahren polnische Bischöfe nach Deutschland einzuladen, scheiterten: So eine Einladung zum Kölner Katholikentag 1956 und zwei Jahre später eine Einladung von Kardinal Döpfner an Primas Wyszyński zum Berliner Katholikentag 1958. Es war, wie sich zeigen sollte, ganze 20 Jahre zu früh. Am 31.08.1965 hielt Primas Wyszyński im Breslauer Dom eine prononcierte Predigt, in der er jegliches „deutsches Erbgut“ in Schlesien bezweifelte. Die Aufregung in Deutschland war groß. In zwei ausführlichen Gesprächen zwischen dem Primas und Kardinal Döpfner wurde die entstandene Verstimmung beigelegt.

Während des Konzils kam es nun zu mannigfachen Begegnungen und immer intensiveren Gesprächen zwischen deutschen und polnischen Bischöfen, sowohl zwischen dem Primas und Kardinal Döpfner wie auch insbesondere zwischen Kardinal Döpfner und Kardinal Kominek. Besonders bedeutsam war diesbezüglich die unermüdliche Vermittlungs- und Verständigungsarbeit des Kölner Weihbischofs Josef Ferche, der selbst ein Vertriebener war. Eine zentrale Rolle spielte bei diesen Kontakten Kardinal Kominek, dessen Bemühen um Versöhnung und Verständigung seit längerem bekannt war. Er hatte in einem öffentlichen Vortrag 1960 bereits unmissverständlich erklärt: „Ich bestreite nicht, dass bei der Aussiedlung der Deutschen aus dem heutigen Westpolen Übergriffe – zahlreiche Übergriffe begangen wurden.“

Die wachsenden Beziehungen zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen während des II. Vatikanischen Konzils zeigten sich nicht zuletzt in dem gemeinsamen Bemühen beider Bischofskonferenzen um die beiden Selig- und Heiligsprechungsprozesse für Edith Stein und für Maximilian Kolbe. Sie wurden während des Konzils immer wieder erörtert und schließlich abgesprochen.

(2) Der Briefwechsel:

Am 4. Oktober 1965 hatte Erzbischof Kominek im Rahmen eines Abendessens in Rom die drei deutschen Bischöfe Franz Hengsbach (Essen), Josef Schröffer (Eichstätt) und Otto Spülbeck (Meißen) informiert über einen beabsichtigten Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe. Am 16.10.1965 übersandte er Kardinal Döpfner eine Reliquie der hl. Hedwig und den Text seiner Predigt zum Fest der hl. Hedwig, in dem er die Aussagen der August-Predigt des Primas zurechtzurücken sich bemühte. Er ließ Kardinal Döpfner wissen, er habe „das heilige Messopfer in der Intention einer guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit beider Völker“ gefeiert.

Die Initiative und der Entwurf zu dem polnischen Versöhnungsbrief stammten von Erzbischof Kominek. Eigentlicher Anlass des Briefes war die Einladung zur 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens (966), die an 57 Episkopate in der ganzen Welt ging. Der Versöhnungsbrief wurde am 18. November 1965 von Primas Wyszyński und den in Rom anwesenden polnischen Bischöfen unterschrieben und dem damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Frings, der in der Anima wohnte, übermittelt. Da Kardinal Frings bereits nach Köln abgereist war, blieb der Brief liegen. Als sich dies nach einigen Tagen herausstellte, erhielten die Kardinäle Döpfner und Bengsch wie auch die Bischöfe Hengsbach, Schröffer und Spülbeck am 27. November 1965 den „authentischen Text“ der Botschaft der polnischen Bischöfe. Am 29. November wurde der Brief an die anderen deutschen Bischöfe verteilt. Da die feierliche Schlussitzung des Konzils für den 8. Dezember 1965 festgesetzt war, verblieben den deutschen Bischöfen nur wenige Tage für die Erarbeitung des Antwortbriefes. Am Abend des 29. November hat Kardinal Bengsch in 3½ Abendstunden einen ersten Text erstellt, in den dann am nächsten Morgen die in der Nacht von Bischof Schaffran erarbeiteten „Gedanken“ eingearbeitet wurden. Dieser Text ist dann gemeinsam von den Bischöfen Hengsbach, Schröffer und Spülbeck redaktionell überarbeitet, dann von der Gesamtkonferenz der Bischöfe überarbeitet und verabschiedet und am 5. Dezember 1965 den polnischen Mitbrüdern zugeleitet worden.

(3) Die unmittelbaren Reaktionen

1. Zunächst in Polen:

Die erwartete kritische Reaktion der polnischen Regierung übertraf alle Befürchtungen. Den vom Konzil heimkehrenden Bischöfen schlug die ganze Wucht des Parteiapparates entgegen. Die Versöhnungsgeste „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ erfuhr seitens der kommunistischen Regierung eine scharfe Ablehnung und löste eine gewaltige, bis dahin nicht gekannte Kampagne aus gegen die Bischöfe, insbesondere gegen den Primas. Die Bischöfe wurden zu Einzelgesprächen vorgeladen, ihre Absichten zu erläutern. In einem Brief des Zentralkomitees der Partei wurden die Hauptvorwürfe gegen die Bischöfe zusammengefasst und allen Gliederungen und Organisationen der Partei zugeleitet, rivalisierende Kundgebungen wurden organisiert, oft nur in geringer Distanz zu den kirchlichen Veranstaltungen, in örtlichen

Versammlungen wurden Priester und Laien unter Druck gesetzt, Proteste gegen die Bischöfe zu unterschreiben usw. usw.

Vor allem in einem Hirtenbrief, der am 06.03.1966 von allen Kanzeln verlesen wurde, erläuterten die Bischöfe ihre Versöhnungsbotschaft und bestanden darauf, der Briefwechsel sei ein religiöses Ereignis und sei kein politisches Dokument.

Die Regierung verweigerte Papst Paul VI., wie auch den deutschen Bischöfen, die Teilnahme an der Millenniums-Feier. Dem Primas wurde der Reisepass für eine Romreise verweigert – übrigens dann drei Jahre lang (bis 1968). Während der Feier des Millenniums bekannte sich der Primas in seiner Predigt ausdrücklich zu dem Vergebungssatz im Brief an die deutschen Bischöfe. Spontan riefen die Gläubigen: „Wir vergeben!“. Damit war der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten, wenn auch die Auseinandersetzungen noch längst nicht beendet. Insgesamt hat diese dramatische Auseinandersetzung das Selbstbewusstsein des polnischen Volkes und die Autorität der Bischöfe und vor allem des Primas sehr gestärkt. Der Versuch der kommunistischen Regierung, durch Schüren nationalen Hasses den Einfluss der Bischöfe und der Kirche zu brechen, misslang, vielmehr wurde die innere Schwäche der Partei überdeutlich. Sie hatte eine herbe Niederlage erfahren, von der sie sich dann auch nicht mehr erholen konnte.

2. Reaktionen in Deutschland:

In der Bundesrepublik Deutschland gab es weitgehend Zustimmung, wenn auch die DDR-Regierung (wie die polnische) den Briefwechsel scharf ablehnte und sich im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ empörte, dass die DDR in den Briefen nicht einmal erwähnt und somit der Eindruck erweckt werde, als gäbe es die DDR überhaupt nicht. Verständnis wurde auch seitens der Vertriebenen bekundet, die mit Recht darauf hinwiesen, dass die Vertriebenen in ihrer Charta 1950 bereits auf Rache und Vergeltung verzichtet hatten. Bedenken wurden nur laut bezüglich der Geschichtsinterpretation im Brief der polnischen Bischöfe. Wenn auch immer deutlicher wurde, dass die polnischen Bischöfe letztlich eine zustimmende Äußerung der deutschen Bischöfe zur völkerrechtlichen Anerkennung der bestehenden Grenzen erwartet hatten, gab es **eine**?..... nicht nur bei den im Zentralkomitee der deutschen Katholiken versammelten Laien, dass die deutschen Bischöfe diesem Begehren ihrer polnischen Mitbrüder nicht entsprechen konnten.

Zum 3. Mai 1966, dem Tag der polnischen Millenniums-Feier, riefen die deutschen Bischöfe alle Gläubigen auf, die Verbundenheit mit den polnischen Katholiken in diesen Tagen in besonderen Gottesdiensten und Fürbittgebeten zu bekunden. Am 3. Mai 1966 fanden außerdem zahlreiche Vorträge und Akademieveranstaltungen statt. Die Deutsche Bischofskonferenz hatte in einer von den Bischöfen Franz Hengsbach und Heinrich Maria Janssen vorbereiteten offiziellen Erklärung dazu aufgerufen. Primas Wyszynski bedankte sich für diese Erklärung und für die vielen sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR stattgefundenen Gedenkveranstaltungen und Gottesdienste ungewöhnlich herzlich: „Ich bin tief gerührt von der

herzlichen Anteilnahme.“ Und er berichtete „mit großer Freude“ von den Feierlichkeiten in Polen, „umso mehr, weil wir alle, Bischöfe und das gläubige polnische Volk, von der christlichen Teilnahme des deutschen Episkopates und unserer deutschen Glaubensbrüder an unseren Festen sehr gut wussten“.

Der anschließende 81. Bamberger Katholikentag (Juli 1966), an dem erstmals nach 1945 einige polnische Katholiken teilnehmen konnten, begrüßte in einer ausführlichen Erklärung den Briefwechsel, in der es u.a. heißt: „...dass die deutschen Katholiken an den Rechten des eigenen Volkes festhalten, sich dafür einsetzen, dass das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert...(und) bekennen ausdrücklich, dass eine neue Friedensordnung nie durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen geschaffen werden kann...“ – Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Bamberger Katholikentag traf sich auf Initiative von Walter Dirks eine recht unterschiedliche Gruppe von Katholiken in der Katholischen Akademie in Bensberg, um „Fragen, die katholischerseits vernachlässigt schienen – wie der Staat Israel, die Wehrdienstverweigerung und eben das Nachbarschaftsverhältnis zum katholischen Polen – unter den Friedensinitiativen des Konzils gründlich (zu) diskutieren.“ Nach zweijähriger Diskussion veröffentlichte dieser Kreis im März 1968 das Bensberger „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“ mit dem entscheidenden Satz: „Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“ Das Bensberger Positionspapier trug etwa 140 Unterschriften, auch von Nicht-Mitgliedern des Kreises. Prominente Mitglieder des Bensberger Kreises wie Paul Mikat oder Otto B. Roegele distanzieren sich von dieser Erklärung, während andere wie Karl Rahner, Josef Ratzinger oder Robert Spaemann die deutsch-polnische Annäherung damals mit ihrer Unterschrift unterstützten. Der damalige Professor Ratzinger äußerte in seinem Brief an den Bensberger Kreis: „Im Übrigen bin ich dankbar und glücklich, dass endlich eine solche Initiative ergriffen wird, auf die ich seit langem gewartet habe.“ Die Deutsche Bischofskonferenz wies in ihrer kritischen Stellungnahme darauf hin, dass „keine Gruppe von Katholiken die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und ihre Meinung in Anspruch nehmen“ könne. Primas Wyszynski wie auch die prominenten polnischen Laien begrüßten das lange erwartete Signal, wenn auch Mazowiecki feststellte, dass Memorandum sei „hauptsächlich für den innerdeutschen Gebrauch bestimmt“. – Besorgt und enttäuscht hatten die deutschen Vertriebenenverbände in einer Erklärung reagiert. Nach einer zeitweise heftigen Diskussion beruhigte sich zwar die Lage, aber die Grenzfrage blieb ein schwelendes Problem. Es wurde deutlich, dass der Briefwechsel eine Etappe auf dem gemeinsamen Weg war. Er war ein Wendepunkt, deutsche und polnische Bischöfe sprachen nun intensiver und offener miteinander.

Wie verhalten sich nun der Briefwechsel der katholischen Bischöfe und die von der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD am 1.10.1965 veröffentlichte Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“? Die

Ostdenkschrift enthielt das, was sich die polnischen Bischöfe von den deutschen erhofft hatten, nämlich die Empfehlung, auf ihre Vision der Oder-Neisse-Grenze zu verzichten. Die Ostdenkschrift war allein an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik gerichtet und lediglich von den westlichen Gliedkirchen der zu jener Zeit noch gesamtdeutschen EKD verantwortet. Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe richtete sich dagegen nicht unmittelbar an eine außerkirchliche Öffentlichkeit und bezog die DDR ausdrücklich mit ein. Es ging den katholischen Bischöfen vorrangig um die grundlegende Versöhnung, um so den Weg zu bahnen für die Klärung der „heißen Eisen“, wie der Grenzfrage. Richard von Weizsäcker hält die EKD-Ostdenkschrift bis heute für die „wichtigste politisch-ethische Äußerung der evangelischen Kirche in der Nachkriegszeit“ und sieht darin den entscheidenden politischen Anstoß für die deutsch-polnische Entspannungspolitik wie auch für den Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 an ihre deutschen Amtsbrüder. Die polnischen Bischöfe hatten in ihrem Brief ausdrücklich darum gebeten, den deutschen evangelischen Brüdern Grüße und Dank zu überbringen. Diese Bitte erfüllte Kardinal Döpfner am 20. Januar 1966 in einem Schreiben an Präses Kurt Scharf. Darin äußert Döpfner Verständnis für die polnische Dankbarkeit für diesen „mutigen Vorstoß“, sah sich aber auch zu dem Hinweis veranlasst, dass der Austausch der Briefe auf katholischer Seite auch ohne die vorhergehende Denkschrift erfolgt wäre. Dies hatte Primas Wyszyński auch seinerseits bereits geäußert.

1969 übernahm die sozial-liberale Koalition die Regierung in Bonn. Kardinal Kominek führte in Abstimmung mit dem Primas in Rom zwei Gespräche mit führenden Sozialdemokraten. Am 14. Oktober 1970 treffen sich der Primas und Kardinal Döpfner zu einem langen und sehr ernsten Gespräch, das in einem ausführlichen Briefwechsel fortgesetzt wurde. Diese Begegnung machte einerseits die Differenzen deutlich, führte andererseits zu einem tiefen Vertrauen und zu einem gemeinsamen neuen Anfang.

Primas Wyszyński bekannte, dass er im Antwortbrief der deutschen Bischöfe eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze als polnische Westgrenze erwartet habe und bat jetzt eindringlich um die öffentliche Unterstützung des polnischen Wunsches nach eindeutiger Anerkennung der Grenze. Ebenfalls lag ihm sehr daran, wie es sich aus einem anderen Zusammenhang ergab, die Bistumsregelung in den Oder-Neisse-Gebieten vor dem anstehenden Warschauer Vertrag zu erreichen. Dabei ging es ihm um die dort jetzt lebenden Polen: „Es graut ihnen gerade, wenn sie denken, dass sie vielleicht auch von den Westgebieten, wohin sie vor 25 Jahren verschleppt worden sind, vertrieben werden könnten“. Die vorzeitige Diözesanregelung sollte aber nach der Vorstellung des Primas auch dazu beitragen, dass der Kirche das entscheidende Verdienst zukomme für die endgültige Sicherung der polnischen Westgrenze. Dies diene maßgeblich einer dringend notwendigen Stärkung der Kirche in Polen gegenüber der Staatsmacht. Dabei gehe es nicht nur um das Überleben der Kirche in Polen, sondern auch darum, dass sie „wirklich das letzte Bollwerk des Katholizismus im Osten“ sei. Hier lagen also die eigentlichen Sorgen des Primas. Mit Nationalismus hatte dies nichts zu tun.

Kardinal Döpfner versuchte seinerseits deutlich zu machen, dass die abschließende Regelung der Grenzfrage wie die deutsche Einheit Inhalt des ausstehenden Friedensvertrages sei und eine partielle Stellungnahme zur Oder-Neisse-Grenze als Verzicht auf die deutsche Einheit missverstanden werden könne. Allerdings sei auch unbestritten, dass „Deutschland in den Grenzen von 1937“ ein verhandlungsrechtliches Ausgangsdatum für die Wiedervereinigung, aber keineswegs ein territoriales Zieldatum der deutschen Politik sei. Döpfner betont, „dass die verantwortlichen Politiker aller tragenden Parteien darin einig sind, dass mit Polen eine echte, dauerhafte Versöhnung gesucht werden muss und dass an eine gewaltsame Zurückholung der deutschen Ostgebiete auf keinen Fall gedacht werden kann“. Wir Bischöfe dürfen „uns nicht in konkrete politische Auseinandersetzungen hineinziehen lassen.“ Die Antwort der deutschen Bischöfe „zielte auf eine langfristige, dauerhafte Lösung“. Eine friedfertige Haltung in unserem Volke sei wichtiger als ein konkreter Vertrag. „Hier wie dort braucht es längere Zeit, bis die Völker in Geist und Herz sich ganz zu eigen machen, was der gute Wille erstrebt.“ Es gehe um eine umfassende, die Geschichte aufarbeitende, die Vertriebenen einbeziehende Versöhnung beider Völker, die aus dem Versöhnungshandeln Gottes folge. Versöhnung meine mehr als Vergebung, es gehe darum, Beziehung untereinander zu heilen, sie wieder aufnehmen, und das heiße eben einander kennen zu lernen, Vorurteile abzubauen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Europa zu gestalten. „Wir hoffen sehnlichst, dass solche Zusammenarbeit auch die Gräben zuschütten wird, die Polen und Deutsche heute noch trennen.“

Diese offene Aussprache vertiefte spürbar das Vertrauen der beiden Kirchenmänner untereinander. Der Primas lud Kardinal Döpfner zu einem baldigen Besuch nach Polen ein. Beide Kardinäle forderten auf zu intensiveren Begegnungen und förderten diese auch. Der Briefwechsel hatte einen Wendepunkt in den Beziehungen der Kirche aber auch zunehmend der Gesellschaft in beiden Ländern bewirkt. Eine neue Phase, die Phase der Konsolidierung, hatte begonnen.

Kardinal Wyszyński und den polnischen Bischöfen war es in äußerst kritischer Lage gelungen, die Hass-Politik der kommunistischen Regierung zu brechen und das polnische Volk im Versöhnungswillen zu vereinen und zu stärken. Kardinal Döpfner und den deutschen Bischöfen gelang es, Polarisierungen und Verwerfungen unter den deutschen Katholiken zu vermeiden und gemeinsam, wie er am 15. Mai 1971 an Primas Wyszyński schreibt, „auf dem beschrittenen Weg der Versöhnung fortzufahren, den viele Einzelne und christliche Gruppen, von den kirchlichen Vertriebenenverbänden bis zum Bensberger Kreis, jeder auf seine Weise zu ebnen sich bemüht haben.“

2.2 Konsolidierung in den 70er Jahren mit dem Höhepunkt des Besuches einer polnischen Delegation in der Bundesrepublik (20. – 25. September 1978)

Am 3. Juni 1972 ratifizierte der Deutsche Bundestag den Warschauer Vertrag. Am 28. Juni 1972 erfolgte – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den deutsch-polnischen Vertrag – die Vatikanische

Verlautbarung zur Neuordnung der Gebiete östlich von Oder und Neisse. Am Tag darauf erklärt Kardinal Döpfner nach Beratung in der Hauptkommission vor der Presse: „...die Deutsche Bischofskonferenz respektiert die aufgrund pastoraler Motive erfolgte Entscheidung des Heiligen Stuhles. Zudem weiß sie um die Belastungen, denen sich der Heilige Stuhl in dieser Frage seit fast drei Jahrzehnten ausgesetzt sah. Nunmehr ist die Lage entstanden, die es nach Meinung des Heiligen Stuhles nicht mehr erlaubt, sich weiterhin dem verständlichen Drängen der polnischen Bischöfe und Katholiken zu versagen. Die Deutsche Bischofskonferenz hofft schließlich, dass der am Ende des II. Vatikanums begonnene Dialog zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen sich nunmehr frei entfalten kann.“ Es gab manche Irritationen aber auch heftige Proteste engagierter Katholiken. Primas Wyszynski bekundete in einem persönlichen Brief an Kardinal Döpfner vom 26. August 1972 Verständnis für „die Trauer der deutschen Katholiken“ und äußerte sein Mitgefühl zu den Unannehmlichkeiten, die Kardinal Döpfner „von einigen eigenen Gläubigen erfahren“ habe. Er warb um Verständnis, dass diese Entscheidung des Heiligen Stuhles „zur Stärkung der Stellung der katholischen Kirche in Polen beitragen wird, aber auch der katholischen Kirche in ganz Osteuropa...“.

Tatsächlich kam es dann zu einer Fülle von Initiativen und Begegnungen: Die Besuche der Bischöfe, die Gegenbesuche, die vielfältigen Bemühungen von Pax Christi, der sicherlich eine Pionierfunktion zukommt; die Anstrengungen der Heimatvertriebenen und ihrer Verbände, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, des Bundes der deutschen katholischen Jugend und zu vielen einzelnen Kontakten, bis hin auf die Ebene von Pfarreien und Gruppen – zwischen 1970 und 1980 entstand so ein breiter Strom der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

1973 reiste Kardinal Döpfner erstmals nach Polen. Nach seinem plötzlichen Tod 1976 wurde Kardinal Höffner zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt. Im April 1977 besuchte er Polen. Vom 20. – 25.09.1978 kam dann eine 10-köpfige polnische Delegation in die Bundesrepublik, unter Leitung von Primas Wyszynski, der Polen nach 1945 bis zu diesem Tag nur zu Besuchen im Vatikan verlassen hatte. Es war der Höhepunkt einer langjährigen, vorsichtigen Annäherung. „Erst mit der Reise Wyszynskis in die Bundesrepublik“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung, „ist das Fundament für eine deutsch-polnische Normalisierung lückenlos gemauert und damit auch belastbar.“

In seiner Begrüßungsrede im Dom zu Fulda erinnert der polnische Primas mit großer Hochachtung an Kardinal Döpfner und bezeichnet ihn als den „eigentlichen Urheber unseres heutigen Hierseins“. Der Primas wie auch Kardinal Wojtyla zentrieren ihre Predigten und Ansprachen immer wieder auf den mit dem Briefwechsel begonnenen Versöhnungsprozess, der fortgeführt werden müsse. Gewiss wirkten die vertrauten Themen der Vergangenheit – von den facultates specialissimae für Kardinal Hlond über die Möglichkeit zu deutschsprachiger Seelsorge in Schlesien bis zur Pflege deutscher Kriegsgräber und der deutschen Gräber in Polen überhaupt – immer noch weiter wie eine nicht abgelöste Hypothek. Es wird eine gemeinsame Kommission vereinbart, um diese und andere wichtige Themen anzugehen und die Kontakte zu intensivieren. Aber es geht auch in den Predigten und in den Gesprächen um den zukunftsgerichteten Auftrag der Kirche in beiden Ländern. Die Gestaltung der Zukunft sei wichtiger als der Streit um die Vergangenheit. „Unsere Kirchen“, sagte der Primas zum Abschluss, „haben die Pflicht, das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Nationen auf dem Grundprinzipien der christlichen

Sittenlehre aufzubauen. Man kann nicht immer in die Vergangenheit zurückblicken, obwohl man sich ihrer erinnern muss, um keine Fehler zu wiederholen.“ Und mit den Worten Kardinal Höffners: „Es ist unsere tiefe Hoffnung und Überzeugung, dass der Besuch des Primas von Polen bei uns in Deutschland der Ausgangspunkt für eine neue Epoche in unseren Beziehungen und für Europa ist.“

2.3 Bewährung (80er Jahre) und Hinwendung zu den wunden Punkten bei der Jubiläumsbegegnung 1990 in Gnesen (25 Jahre Briefwechsel)

Im September 1980 folgte eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz der Einladung zum Gegenbesuch nach Polen. Bei einer gemeinsamen Sitzung der Delegation und des Polnischen Episkopates im Kloster Jasna Góra wurden Reliquien des hl. Adalbert und des hl. Bonifatius ausgetauscht. Primas Wyszynski betont, dass unsere beiden Völker vom Evangelium her eine gemeinsame Sprache finden können und sie dazu auch die Verpflichtung haben. Zentrale Themen sind Jugend und Familie. Im Abschlussgottesdienst in der Kathedrale von Warschau erklärt Kardinal Wyszynski überraschend am Schluss des Gottesdienstes: „Das, was uns vornehmlich interessiert, ist der Gottesdienst und die Seelsorge, die für unsere Landsleute notwendig sind, die auf dem Gebiete Deutschlands leben, und für eure Mitbrüder, die auf dem Gebiete Polens leben...“ Kardinal Höffner zum Abschluss des Besuches vor der Presse in Warschau: Wir sehen in den Herausforderungen, in denen die Kirche in unseren beiden Ländern steht, „auch eine Chance zu einem neuen, gemeinsamen Aufbruch. Wir werden diese Gespräche fortsetzen und auf den verschiedenen Ebenen intensivieren...“

Im Monat vorher, im August 1980, war die Gewerkschaft „Solidarnosc“ entstanden, eine freie und unabhängige Gewerkschaft in einem kommunistischen Land. Man sprach von einer Art stiller Revolution und vom „Polnischen Sommer“ 1980, dem mit der Ausrufung des Kriegsrechtes durch General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 der „Polnische Winter“ folgte. Es entstand eine akute und katastrophale Versorgungskrise in Polen. Am 13. Januar 1982 riefen die deutschen Bischöfe zu einer Sonderkollekte für Polen auf, eine ungeahnte Solidarität zwischen den beiden Ländern brach urplötzlich auf. Hunderte Millionen Mark wurden gespendet, unzählige Hilfen auf mannigfachen Wegen versuchten, die Not der Kleinkinder und der alten Menschen zu lindern. Durch Pakete und Briefwechsel entstanden zehntausende von persönlichen Verbindungen, die zu bleibenden Kontakten führten. Um die Solidarität mit den polnischen Katholiken nachdrücklich zu bekunden, reiste Anfang Juni 1982 eine Abordnung deutscher Bischöfe mit ihrem Vorsitzenden Kardinal Höffner nach Polen. Und am 10. Oktober desselben Jahres feiern polnische und deutsche Katholiken im Petersdom gemeinsam einen Dankgottesdienst anlässlich der an diesem Tage erfolgten Heiligsprechung von Maximilian Kolbe, bei dem Kardinal Höffner die Predigt hielt. Bei der feierlichen Messe zur Heiligsprechung von Maximilian Kolbe auf dem Petersplatz erinnerte Papst Johannes Paul II. an Edith Stein, „deren Seligsprechungsprozess im Gang ist“.

Trotz erschwelter Bedingungen finden ständige Begegnungen und Gespräche statt, um die Soforthilfemaßnahmen der ganzen Bevölkerung zukommen zu lassen, dann aber werden auch strukturelle Hilfen (Hilfe zur Selbsthilfe) geplant, wie z.B. ein „Agrarfonds“ zum Aufbau der polnischen

Landwirtschaft, des Handwerks und des Mittelstandes, der zwar trotz permanenter Behinderungen durch die Warschauer Regierung 1983 in Gang kam, 1986 aber völlig unterbunden wurde.

Trotz des „Kriegsrechtes“ werden seit der Gründung von Solidarnosc immer häufiger mutige Äußerungen bekannt, die jetzt offen und öffentlich „heiße Eisen“ anpacken. So hatte etwa Wladyslaw Bartoszewski Ende 1983 auf einer Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken erklärt: „In dem Deutschlandbild der gegenwärtigen Polen sind aber große Veränderungen vor sich gegangen. Das moralisch erschreckende Sprichwort „Solange die Welt besteht, wird der Deutsche nie dem Polen ein Bruder sein“ verliert mit jedem Jahr mehr an Bedeutung. Man muss aber auch eindeutig klar sagen, dass in Polen die Überzeugung weiter existiert – und das nicht nur in der offiziellen Propaganda – die Bundesrepublik und nicht weniger die DDR würden, wenn das Weltkräfteverhältnis die gegenwärtigen Realitäten in Europa nicht schützte, nicht unbedingt darauf verzichten, diese mit Gewalt zu verändern. Diese Gedanken kommen nicht aus dem Feindbild der „bösen Deutschen“, vielmehr aus der Unsicherheit des hart geprüften polnischen Volkes. Man will Vertrauen haben...“ (Er erläutert dann die Angst der Polen aufgrund des ständig sich wiederholenden Zusammenspiels zu Lasten Polens, bei den drei Teilungen und beim Beginn des Zweiten Weltkrieges). Und er zitiert den polnischen Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski, der geschrieben hatte: „...Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch heute keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben: die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat...“

Im Dezember 1985 kommen anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Versöhnungsbotschaften Vertreter beider Episkopate in Rom zusammen. Nach einem gemeinsamen Gottesdienst werden in sehr offenen Gesprächen die tieferen Dimensionen von Versöhnung erörtert und gemeinsam die Bereitschaft bekundet, weiter zu arbeiten an einer umfassenden Verständigung zwischen den beiden Völkern.

Die durch den Versöhnungsbriefwechsel intensivierten Verständigungsbemühungen haben sich in den äußerst schwierigen Jahren des „Kriegsrechtes“ und mit den damit verbundenen Belastungen und Behinderungen bewährt. Die Begegnungen und Kontakte nahmen eher zu: zwischen Bischöfen, Priestern, Laien und Gemeinden, zwischen theologischen Fakultäten wie auch zwischen Priesterseminaren, zwischen Verbänden und Gruppen, wobei das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, der BDKJ und Pax Christi eine immer wieder stimulierende Rolle gespielt haben. Aus Anlass des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges kam es dann am 1. September 1989 zur ersten gemeinsamen Erklärung prominenter Katholiken in Deutschland und Polen, die in beiden Ländern sehr beachtet wurde. Ein Jahr später, Ende November 1990, folgte eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz der Einladung des Polnischen Episkopates anlässlich des 25. Jahrestages des Versöhnungsbriefwechsels. Entsprechend der in den vorausgehenden Jahren wiederholt von beiden Seiten bekundeten Absicht, nun auch die sog. „heißen Eisen“ offen anzusprechen, war vereinbart worden, eine gemeinsame Sprache auch hinsichtlich der Vertreibung zu finden. Trotz redlicher Bemühungen aller Beteiligten kam man jedoch nicht recht weiter, bekräftigte allerdings die gemeinsame Entschlossenheit, der Wahrheit nicht länger auszuweichen.

Bald nach der Wiedervereinigung Deutschlands begannen die Beratungen mit Polen über einen endgültigen Grenzvertrag und einen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 geschlossen wurde. Aus Anlass des 30. Jahrestages des

Austausches der Versöhnungsbotschaften besuchte eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Lehmann die Polnische Bischofskonferenz. Am 13. Dezember 1995 veröffentlichten dann die deutschen und die polnischen Bischöfe zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein „Gemeinsames Wort“. Darin wird – auch zum ersten Mal – auch von dem Unrecht gesprochen, „das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat im Gefolge der Beschlüsse der Siegermächte auch von Polen angetan wurde...“ Bis dahin hatte es das Wort der Vertreibung in keiner Erklärung und in keinem Kommuniqué der vielen Begegnungen der drei Jahrzehnte gegeben. In dem sehr ausführlichen „Gemeinsamen Wort“ – es enthält 33 Abschnitte – wird gleichsam ein gemeinsames Programm entwickelt, vom christlichen Zeugnis her „in ökumenischer Gemeinschaft mit unseren orthodoxen und evangelischen Brüdern und Schwestern“ das künftige Europa zu gestalten. Das vielzitierte „Gemeinsame Wort“ wird u.a. von einer deutschen Zeitung kommentiert: „Wenn die (deutschen und polnischen) Bischöfe die „Werte- und Kulturgemeinschaft“ propagieren und vor einem „künstlichen europäischen Uniformismus“ warnen, dann mag man darin getrost Vorbehalte gegenüber dem Europa sehen, wie es von einer pragmatischen Politik angestrebt wird.“ Allerdings werden in diesem bedeutsamen „Gemeinsamen Wort“ auch „die ernstesten und immer noch nicht völlig bewältigten Probleme unserer gemeinsamen Geschichte und Zukunft“ zwar nicht genannt, aber als vor uns liegende Aufgabe genannt.

3. Zu den tiefsitzenden Belastungen

Wenn ich diesen langen Weg der deutschen und polnischen Katholiken nach 1965 bis heute noch einmal entlang gehe, dann scheint mir eine Erfahrung zentral, auf die ich gerne aufmerksam machen möchte: Die Mauern des Schweigens zwischen uns müssen eingerissen werden. Die tiefsitzenden Fragen, Erfahrungen und Befürchtungen müssen angesprochen werden können und dann intensiv behandelt werden. Versöhnung bedeutet Umkehr und heißt auch: Abkehr von den eigenen Ideologien und Vorurteilen. Natürlich kann ich hier nur einige Wahrnehmungen skizzieren, die mir im Laufe von vier Jahrzehnten mehr und mehr aufgefallen sind. In der Sprache von Kardinal Döpfner in seinem Brief vom 15. Mai 1971 an Kardinal Wyszyński: „Entscheidend ist (für unsere beiden Völker), dass die Kenntnis voneinander verbessert wird und Vorurteile abgebaut werden; die katholische Kirche der Bundesrepublik wird sich diese Sorge besonders angelegen sein lassen.“

Worin Polen sich von Deutschen unverstanden fühlen:

- Dass die Deutschen nicht die Angst der Polen vor Deutschland wahrnehmen und verstehen, die aber darin begründet ist, dass Deutschland im Bündnis mit Russland drei Mal im 19. Jahrhundert Polen geteilt, den Staat vernichtet und 1939 Polen überfallen hat. Dass Polen bis heute Verdacht schöpfen und Befürchtungen hegen, wenn Deutschland wieder – über Polen hinweg – besondere Beziehungen zu Russland anstrebt.
- Dass Polen in tiefster Seele im Gefolge der demütigenden „Polenbilder“ des 19. Jahrhunderts irgendwie als „minderwertig“ angesehen werden.

- Dass in Polen Unverständnis und Ängste aufkommen, wenn deutsche Vertriebenenverbände ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin errichten wollen und nicht spüren, dass Polen dies verstehen, als wolle man nur die Vertreibung der Deutschen dokumentieren, sich als Opfer darstellen (und die Polen als Täter) und von den eigenen Untaten ablenken.
- Dass Polen *dem* Deutschen letztlich gleichgültig ist, im Grunde Polen die Deutschen gar nicht interessiere – und gegenwärtig gar nicht recht wahrnehme, dass Polen tatsächlich der „Vorort“ der neuen EU-Mitglieder, also der „mittelosteuropäischen Region“ ist, die sich als Brücke zu Osteuropa entwickelt.
- Dass die katholische Kirche gesellschaftlich und politisch eine zentrale Rolle spielt – und die These von der angeblich unaufhaltsamen Säkularisierung als untrennbare Folge der Modernisierung in Polen nicht zutrifft und eine aus christlicher Tradition gestaltete Zivilgesellschaft entsteht, indem „in tausenden Pfarrgemeinden sich zehntausende caritative, erzieherische, kulturelle und selbstverwaltende Initiativen“ entwickeln.

In welchen Fragen Deutsche sich von Polen unverstanden fühlen:

- Dass die Polen ihren Anteil bei der von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges beschlossenen Vertreibung der Deutschen aus Polen nicht eingestehen konnten, den Vertriebenen mehr oder weniger aus dem Wege gingen, in vielen von ihnen sogar „Revanchisten“ sahen und die Vertriebenenenseelsorge verargwöhnten.
- Dass sie sich so schwer taten, den für die Deutschen schwer verständlichen Umgang mit den sog. „*facultates specialissimae*“ offen zu erörtern wie auch die Art und Weise des Umgangs mit den deutschen Bischöfen unmittelbar nach Kriegsende in den ehemals deutschen Gebieten zu besprechen.
- Die Deutschen bedrückt das irgendwie spürbare Misstrauen der Polen, die Kirche in Deutschland, im „Land des Protestantismus“ sei von diesem arg beeinflusst, „protestantisiert“, nicht „richtig katholisch“ und unsicher in seiner Treue zum Apostolischen Stuhl.
- Es gibt den stillen Verdacht, die Kirche in Deutschland sei nach Meinung der Polen vom Säkularismus angekränkt, bis hin zu der Meinung, die ein polnischer Priester einmal – wenn auch offenbar nicht in vollem Ernst – äußerte: Wir mussten kommen, um die katholische Kirche in Deutschland zu retten.

Wäre es nicht an der Zeit, solche und ähnliche Vorurteile offen zur Sprache zu bringen. Es kann ja durchaus an dem einen oder anderen etwas dran sein.

Noch wichtiger scheint es mir zu sein, dass wir uns *gemeinsam* den auf uns gemeinsam zukommenden Herausforderungen stellen, nämlich erstens die Gestaltung des neuen Europas aus christlichem Verständnis im Sinne des Apostolischen Schreibens von Papst Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa*, seinem europäischen Vermächtnis, in welchem er jeden größeren Abschnitt beschließt mit der

eindringlichen Aufforderung: „Du, Kirche in Europa...“ und zweitens die demographische Entwicklung, die einen katastrophalen Rückgang der Bevölkerung in Europa zeigt, im westlichen Europa eklatant spürbar, aber – nach Auskunft der Experten – im östlichen Europa zeitverzögert folgend. 1900 machte die europäische Bevölkerung 23 % der Weltbevölkerung aus, gegenwärtig sind es 12 %, 2050 7 % und am Ende dieses Jahrhunderts unter 4 %.

Dieser Rückblick auf die 4 Jahrzehnte lange Wirkungsgeschichte dieses denkwürdigen Austausches der Versöhnungsbotschaft, die eine völlig neue Epoche in den leidvollen Beziehungen unserer beiden Völker maßgeblich mitbewirkt und mitgestaltet hat, veranlasst und ermutigt mich zu folgendem Vorschlag.

4. Ein Vorschlag:

Ab hier der Text von Herrn Pöner:

Hinweise zur Ansprache von Bischof Dr. Homeyer beim Festakt zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz am 21.09.2005 in Fulda

Ich habe eben auf Missverständnisse und Vorurteile hingewiesen, die das Verhältnis zwischen polnischen und deutschen Katholiken manches Mal belasten. Wie passt das damit zusammen, dass unsere beiden Ortskirchen in den zurückliegenden Jahrzehnten vielfach eine Vorreiterrolle für die Verständigung zwischen den Völkern und Staaten hatten? Kann es sein, dass wir hier an Dynamik verloren und uns sozusagen in den Geleitzug unserer Gesellschaften eingereiht haben? Man kann darüber sicher streiten. Gerade angesichts des Jubiläums, das wir heute dankbar feiern dürfen, sollten wir uns jedoch nicht gegenüber kritischen Anfragen und selbstkritischen Überlegungen immunisieren.

Jedenfalls bin ich überzeugt: Mit Blick auf das künftige Verhältnis zwischen Polen und Deutschen und vor allem zwischen der Katholischen Kirche in beiden Ländern müssen wir auch Neues wagen, und der Geist, von dem wir uns getragen wissen, sollte uns gewiss den Mut dazu verleihen. Ich möchte deshalb heute zwei Vorschläge machen.

Maximilian-Kolbe-Stiftung: ein gemeinsamer Weg unserer Ortskirchen?

Zunächst: Das Maximilian-Kolbe-Werk, das seit über dreißig Jahren um Hilfe für ehemalige Konzentrationslager-Häftlinge vor allem in Polen bemüht ist, wird in einigen Jahren seine bisherige Arbeit beenden können. Die letzten überlebenden Opfer des Nationalsozialismus werden dann verstorben

sein. Aber wird der Impuls christlicher Versöhnung, der dieses Werk bis heute prägt, in Europa nicht auch weiterhin gebraucht? Ich denke an die Opfer der totalitären Regimes im Osten, die erst Ende der 80er Jahre zusammengebrochen sind. Ebenso denke ich an die menschlichen Wunden, die die Bürgerkriege im nachkommunistischen Jugoslawien geschlagen haben, und an die noch immer nicht überwundenen Gräben zwischen den Völkern auf dem Balkan.

Vor diesem Hintergrund sind in den letzten Monaten Überlegungen aufgekommen, an die Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werks anzuknüpfen und eine Maximilian-Kolbe-Stiftung aufzubauen, die dem christlichen Versöhnungsbemühen in unserem gemeinsamen Kontinent Europa einen kräftigen Anstoß gibt. Die Deutsche Bischofskonferenz hat diese Bestrebungen, die von verschiedenen katholischen Organisationen ausgehen, erst jüngst gut geheißen und die Restmittel aus ihrem Fonds für die Entschädigung von Zwangsarbeitern, die während des Nationalsozialismus in kirchlichen Einrichtungen tätig waren, für die noch zu gründende Kolbe-Stiftung bereitgestellt. Dafür darf man dankbar sein. Aber es wäre zu wenig, wenn am Ende eine nur deutsche Initiative stünde. In der Kontaktgruppe zwischen der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz ist denn auch bereits darüber gesprochen worden, dass eine Maximilian-Kolbe-Stiftung der Anknüpfungspunkt für ein gemeinsames Tun unserer Ortskirchen sein könnte. Ich möchte diese Einschätzung ganz nachdrücklich unterstützen. Vor allem ist mir wichtig, dass damit eine Art Perspektivenwechsel verbunden wäre. Anders als beim Maximilian-Kolbe-Werk stünden sich in der künftigen Arbeit nicht mehr die Opfer- und Tätergeneration aus der Zeit des „Dritten Reichs“ (bzw. deren Nachfahren) gegenüber, sondern Katholiken aus Deutschland und Polen würden – auf der Erfahrung eines überaus schwierigen Versöhnungsprozesses aufbauend – gemeinsam für die Versöhnung im europäischen Zusammenhang tätig werden.

Ein deutsch-polnischer Katholischer Kongress

Ich möchte noch einen zweiten Vorschlag wagen. Wechselseitige Vorurteile und Fehlwahrnehmungen, die es leider auch unter den Katholiken in unseren beiden Ländern gibt, kann man – so bin ich überzeugt – letztlich nur durch Begegnung überwinden. Gott sei Dank ist hier besonders seit 1989 Vieles möglich geworden, und manche Chance wurde auch genutzt. Dennoch drängt sich mir immer mehr der Eindruck auf, dass es an der Zeit wäre, einen kräftigen innovativen Impuls zu setzen. Er sollte in der Öffentlichkeit unserer Ortskirchen und Gesellschaften weithin sichtbar sein, er sollte Phantasie und Engagement frei setzen und – wie frischer Wind die welken Blätter – manche Verschrobenheit und Verspanntheit im wechselseitigen Verhältnis hinwegfegen.

Ich denke, ein solcher Impuls könnte von einem gemeinsamen Katholischen Kongress ausgehen. Er müsste von den Bischofskonferenzen in Polen und Deutschland gemeinsam getragen, dürfte jedoch nicht

zu einer Veranstaltung allein der kirchlichen Amtsträger werden. Die Ordensgemeinschaften und Säkularinstitute, die Vereine, Verbände und die anderen Institutionen, die das Leben in unseren Ortskirchen mitbestimmen, müssten einen solchen Kongress wesentlich mitprägen. So könnte ein breites Forum des Austauschs geschaffen werden, bei dem sich Katholiken aus beiden Ländern – Priester, Ordensleute und Laien – austauschen. Dieser Kongress wäre eine kostbare Gelegenheit, die verschiedenen kirchlichen Traditionen, unterschiedliche Ausprägungen von Spiritualität und diakonischem Einsatz gemeinsam in den Blick zu nehmen, verständlich zu machen und auch wechselseitig zu befragen. Ich bin sicher: Viele werden dort ganz unerwartete Einblicke gewinnen, überraschende Erfahrungen machen und manches Mal auch neue Partnerschaften begründen. Sie werden beeindruckt sein von der katholischen Fülle und dem geistlichen Reichtum, die ihnen hier begegnen. Wäre es nicht für uns alle animierend und weiterführend, ein solches Projekt, das uns vielleicht in Frankfurt an der Oder und Slubice oder in Görlitz und Zgorzelec zusammenführen kann, auf den Weg zu bringen? Ganz sicher lohnt es jedenfalls, weiter darüber nachzudenken.